

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1925

27.7.1925 (No. 342)

Karlsruher Tagblatt

Industrie- u. Handelszeitung und der Wochenschrift „Die Pyramide“

Gegründet 1803

Chefredakteur G. v. Lauer. Verantwortlich für Politik: F. Ehrhardt; für den Nachrichtenteil: D. Bock; für Wirtschaftspolitik: Dr. S. Wiffert; für den Handel: S. Rippel; für Stahl, Baden, Nachbargebiete und Export: S. Werhadt; für Textilien und Pyramide: R. Johst; für Luft: A. Rudolph; für Technik: Dr. Ing. A. Eisenlohr; für die Frauenbeilage: Fräulein Dr. C. Zimmermann; für Inserate: S. Schriever; sämtliche in Karlsruhe; für Silberbeilage: Otto Schumann, Berlin, Druck u. Verlag: G. N. Müller, Karlsruhe, Silberstraße 1. — Berliner Redaktion: Dr. A. Bauer, Berlin-Sieghe, Esplanade 17, Telefon Amt Sieglitz 1119. Für unvollständige Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Erscheinung der Redaktion v. 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Silberstraße 1. Fernsprechanschlüsse: Nr. 18, 19, 20, 21, 297, 1923. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9542.

Generalfstreif im Saarbergbau.

Französische Panzerwagen gegen die Streikenden.

TU. Saarbrücken, 27. Juli.
Nachdem die Saarregierung in dem Lohnkonflikt der Bergarbeiter mit den Bergwerksdirektionen eine Vermittlung abgelehnt hat, ist heute in einer stürmisch verlaufenen Revierkonferenz der Bergarbeiterorganisationen für die Nacht 12 Uhr für den ganzen Saarbergbau die Generalfstreikparole aus gegeben worden.

Damit hat die Krise im Saargebiet eine Entwicklung angenommen, die für die ganze Wirtschaft von den schwersten Folgen sein wird. Es handelt sich um 71000 Bergarbeiter, die zummehr völlig der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge anheimfallen. Nachdem schon in den letzten Wochen teilweise nur 30-45 Franken Wochenlohn gezahlt worden sind, ist durch die heutigen Behörden Vorsorge getroffen für die im Trierer und Birkenfelder Bezirk wohnenden Bergleute. Einer großen Anzahl von Familien werden bei einem täglichen Verdienst von nicht viel mehr als einer Mark

nach Abzug von Steuern und sozialen Lasten schon längst Unterhaltungen zugebilligt. Die Entsendung von Warden nach Genf hat seit dem 100tägigen Bergarbeiterstreik zu keinem der Marzifikation 1923 keinen Erfolg gezeitigt. Die Nichtbeachtung dringender Petitionen ist ebenfalls in keiner Weise geeignet, die berechtigten Erbitterung der Bergarbeiter zum sozialen Frieden zu führen.

Die noch im Saargebiet stationierten französischen Truppen haben demonstrativ eine große Anzahl von Panzerwagen auffahren lassen.

Nach die neutrale Regierungskommission stellt dem französischen Bergbau ihre eigene Bewachungsmacht zum Schutze der Gruben zur Verfügung, weshalb bereits am Samstag viele Belegschaften die Einfahrt verweigert haben. Die französischen Grubenverwaltungen haben bereits mitgeteilt, daß die erforderlichen Spezialkosten nicht weiter geliefert werden können. Infolgedessen werden in der Sächsereindustrie zahlreiche Betriebe einschränkungen notwendig, so daß für die Mitte der Woche auch große Entlassungen von Hüttenarbeitern bevorzugen.

Die Bergarbeiterorganisationen haben an ihre Mitglieder folgenden Aufruf gerichtet:
An die organisierten Belegschaften der Saargruben!

Kameraden! Die unterzeichneten Organisationen haben beschlossen, mit dem heutigen Tage in den Streik zu treten. Es ist selbstverständlich, daß die Führung des Streiks von den Organisationsleitungen übernommen wurde. Pflicht der Streikameraden ist es nur, den Anweisungen der Organisationsleitungen Folge zu leisten. Disziplin zu üben und selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Anweisungswortliche Elemente sind energisch zurückzuweisen. Die dringenden Notstandsarbeiten sind unbedingt auszuführen. Die Verhandlungen werden heute im Arbeitsministerium in Paris fortgesetzt. Das Ergebnis derselben wird sobald als möglich den zuständigen Revierkonferenzen mitgeteilt. Wir erlauben die organisierten Kameraden, die Beschlüsse der Konferenzen auf der ganzen Linie durchzuführen und die Anweisungen der Organisationsleitungen strikte zu befolgen. Nur ernste und geschlossene sowie gewerkschaftliche Disziplin sichern einen Erfolg.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkschaft Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutscher Metallarbeiterverband.

Der Christliche Metallarbeiterverband hat folgende Anweisung an seine Mitglieder gerichtet: Nachdem die beiden großen Bergarbeiterorganisationen den Streik für den 27. Juli beschlossen haben, tritt für die im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Grubenmetallarbeiter der Reichsverband der Bergarbeiterkonferenz vom 25. Juli in Kraft. Soltdarität zu üben.

Der Konflikt im englischen Bergbau.

WTB. London, 27. Juli.
Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Coak, erklärte in einem Interview: Die Lage hat sich nicht geändert. Wir sind im Begriff, alle Vorbereitungen für die Einstellung der Arbeit und alle Vorkehrungen für die Ernährung der Familien der Bergarbeiter während des Streikes zu treffen. Im Augenblick sehe ich keine Hoffnung auf Vermeidung des Kampfes, es sei denn, daß die Regierung den Mut findet, dafür zu sorgen, daß die Grubenbesitzer die Kündigung des Tarifes und ihre Vorschläge für ein neues Lohnabkommen zurückziehen.

Mehrere Transportarbeiter-Gewerkschaften haben heute eine Entschlüsselung erklärt, in der sie erklären, daß sie die Weigerung der Bergarbeiter, die Vorschläge der Grubenbesitzer anzunehmen, für vollkommen gerechtfertigt halten. Es wurde ferner beschlossen, im Falle eines Bergarbeiterstreikes den Transport von Kohlen zu verhindern.

Baldwin verbrachte fast den ganzen Sonntag mit den Vorbereitungen für seine heutige Rede im Hinblick auf die Aussichtslosigkeit des Gewerkschaftsstreikes.

Die allgemeine Verunsicherung wegen eines möglichen Generalfstreikes spiegelt sich in den gestern und heute gehaltenen Reden zahlreicher Kabinettsmitglieder und Parlamentarier, sowie in den Zeitungsartikeln der Blätter wieder. Der „Observer“ bezeichnet die kommende Woche als eine der kritischsten in der britischen Industrie.

Nach einer Bergarbeiterversammlung in Durham, in der Mac Donald sprach, wurde der Bischof von Durham, der Bischof von Elydon, von der Menge förmlich angegriffen, weil er sich in einer Rede öffentlich gegen den Streik ausgesprochen hatte. Der Bischof mußte von der Polizei in Sicherheit gebracht werden.

135 000 englische Textilarbeiter im Streik.

Dem „Observer“ zufolge ist bisher keine Regelung des Streikes in der Textilindustrie von Yorkshire-Yorkshire in Sicht. In diesem Bezirk haben 135 000 Mann die Arbeit niedergelegt.

Die englischen Eisenbahner und der Bergarbeiterstreik.

WTB. London, 27. Juli.
Der Sekretär des englischen Eisenbahnerverbandes, Cramp, sagte in einer Rede in Woodford, er freute sich über den am Samstag gefassten Beschluß, daß im Falle eines Streiks die Transportarbeiter keine Kohlen befördern würden. Wenn der Streik beginnen sollte, würde eine Minute später keine Kohle mehr befördert werden. Sollten Eisenbahner wegen ihrer Weigerung, Kohlen mitzunehmen, entlassen werden, so würden alle Eisenbahner sich mit ihnen solidarisch erklären.

Der Präsident des Bergarbeiterverbandes erklärte in einer Rede in Darfield, auch wenn der Streik keinen Erfolg habe, müsse man kämpfen. Es sei besser, zu kämpfen und zu verlieren, als auf den Kampf zu verzichten.

Das Ergebnis der Marokkokonferenz.

WTB. Paris, 26. Juli.
Gavas berichtet aus Madrid, daß die französischen und spanischen Delegierten der Marokkokonferenz in der Vollversammlung am gestern Abend ein Abkommen betr. die Grenzen der französischen und spanischen Einflusssphäre in Marokko und die Zusammenarbeit der französischen und spanischen Behörden unterzeichnet haben. Der General Jordans, der Vorsitzende der Konferenz, hat, wie eine weitere Gavasmeldung aus Madrid besagt, nach Beendigung der Sitzung der Presse ein Communiqué übermittelt, in dem es u. a. heißt:

Die Regierung wird bereitwillig alle getroffenen Abmachungen veröffentlichen. Für den Augenblick ist das allerdings unmöglich. Beide Regierungen müssen sich zunächst darüber verständigen, welche Veröffentlichungen sie für geeignet halten. Das erste besteht in der Praxis umgesetzte Abkommen für insofern vorteilhaft, als die Zusammenarbeit der französischen Marine mit der spanischen Marine den ausgedehnten Ueberwachungsdienst zum Zwecke der Unterdrückung des Waffenschmuggels zu Wasser und zu Lande ermöglicht. Eine völlige Verständigung wurde hinsichtlich der Ueberwachung der Zone von Tanger

erzielt und zwar derart, daß die durch das Tanger-Statut vorgesehene Neutralität gewahrt bleibt.

Das Communiqué erklärt zu dem Abkommen über die politische Zusammenarbeit: Wichtig ist hier vor allem die beiderseitige Verpflichtung, keinen Sonderfrieden zu schließen. Mebrigens bedeutet die Festlegung der Friedensgrundlage keineswegs, wie man vermuthet hat, daß Frankreich und Spanien die Absicht haben, den Rebellen den Frieden anzubieten, oder daß sie dies bereits getan haben. Als Friedensgrundlage muß die Sicherung eines soliden, dauerhaften Friedens unter Wahrung der Würde Frankreichs und Spaniens dienen. Das Recht der Volksgemeinschaft und das Recht des Ueberlebenden der Grenzen hat man sich gegenseitig angeeignet.

Chamberlain über den Sicherheitspakt.

WTB. London, 26. Juli.
In einer Rede in Birmingham erklärte der englische Außenminister Chamberlain u. a.: In der auswärtigen Politik wie bei den inneren Angelegenheiten ist es unsere Aufgabe, nach dem Frieden zu streben, die Freundschaft zu pflegen und die Verbitterung und Feindschaft, die der Vergangenheit angehört, in Vergessenheit geraten zu lassen. Offen gestanden bin ich etwas enttäuscht darüber, daß die deutsche Antwort so gehalten ist, daß meines Erachtens weitere schriftliche Meinungsäußerungen ganz unermesslich werden, anstatt daß der Augenblick gekommen wäre, wo die Vertreter der beteiligten Länder sich zu einer persönlichen Aussprache versammeln könnten, um eine allseitig befriedigende Vereinbarung zustande zu bringen. Ich erkenne jedoch an, daß die Note von dem Bunde distinkt ist, die Vorschläge für einen gegenseitigen Sicherheitspakt, die von der deutschen Regierung selbst ausgingen, von der englischen Regierung begrüßt und von den verbündeten Regierungen Frankreichs und Belgiens im Tone freundlichsten Entgegenkommens beantwortet wurden, weiter zu fördern. Schon die Anregung zu diesem Meinungsanschlag und die bloße Tatsache, daß ein derartiger Vorschlag von Deutschland ausging und von den Alliierten begrüßt wurde, hat ein merkliches Nachlassen der bis dahin vorhandenen Spannung bewirkt.

Die Räumung des Ruhrgebietes und der drei Sanctionsstädte ist im Gange und steht bevor, und wenn Deutschland, wie ich hoffe, ehrlich und reibungslos die restlichen Forderungen der Alliierten in der Entwaffnungsfrage erfüllt, so werden die Alliierten ihrerseits veranlassen, daß Köln zusammen mit der ersten Zone des besetzten Gebietes von den fremden Truppen frei wird.

Die Unterstützung Englands ist notwendig, um die schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Es darf nicht angenommen werden, daß wir an den Beziehungen unterer Nachbarn zu einander, an ihrer Sicherheit oder an dem Frieden in Europa kein Interesse hätten. Von mancher Seite hat man sich dagegen gewehrt, daß man die bestehenden Grenzen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits in irgendeiner Form garantieren will. Aber es muß betont werden, daß die Unverletzbarkeit dieser Grenzen die Grundlage unserer Schutzes bildet. Es stünde in unserer Macht, durch Uebernahme der Garantie dieses Friedensabkommens Frankreich und Deutschland ein Maß von Vertrauen zu vermitteln, das diese Mächte in einem Vertragswerk, an dem wir nicht beteiligt sind, nie finden könnten.

Englisch-französische Verhandlungen über die deutsche Note.

WTB. London, 27. Juli.
Neuter erzählt, daß zwar kein förmliches Schreiben an die französische Regierung abgehandelt wurde, daß aber die britische Regierung ihrem Pariser Botschafter, Lord Crewe, Mitteilungen gemacht habe, die es ihm ermöglichen werden, die Erörterungen mit der französischen Regierung über die deutsche Sicherheitsnote fortzusetzen. Der Meinungsanschlag zwischen London und Paris werde weitergeführt werden, aber es erweise sich zweifelhaft, ob es möglich sein werde, bereits in den nächsten Tagen irgendwelche Fortschritte zu machen. Es verlautet weiter, daß noch nichts Bestimmtes festgelegt worden sei, wie die französische Regierung die deutsche Note behandeln werde.

Die Räumung Essens im Gange.

WTB. Essen, 27. Juli.
Die Räumung der Stadt Essen durch die Franzosen, welche schon vor einiger Zeit begonnen hat, ist in vollem Gange. Das Justizgebäude ist bereits freigegeben worden. Das Polizeipräsidium ist von den deutschen Behörden bereits abgenommen, wenn auch sich noch Franzosen in dem Gebäude befinden. Das Gebäude des Bergarbeitervereins wird voraussichtlich noch nicht geräumt werden. Größere Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgerückt. Ueber den Termin der endgültigen Räumung steht noch nichts fest.

TU. Essen, 26. Juli.

Heute vormittag erfolgte der Abzug der drei Batterien mit je drei Geschützen des französischen Artillerieregiments 25 aus Essen. Damit ist als erstes öffentliches Gebäude der Stadt das Gymnasium in Bredeken völlig geräumt. Bereits um 10 Uhr früh verließ die erste Batterie das Quartier, der dann um 11 Uhr die zweite folgte. Nachdem dann um 1 Uhr mittags die Trifolore eingezogen worden war, verließ auch die letzte Batterie mit dem Rest der Mannschaften Bredeken. Die Truppen wurden auf dem Bahnhof Essen-Süd mit dem Marschziel Landau verladen. Um 3 Uhr mittags besetzte eine Kommission von Staatsvertretern das freigewordene Gymnasium, dessen Innenausstattung großen Schaden davongetragen hat. Mit allen Kräften wird in den nächsten Wochen an dem Wiederaufbau der Schule herangegangen werden, so daß voraussichtlich der Lehrbetrieb nach den Herbstferien wieder aufgenommen werden kann. Die Räume legen in ihrer derzeitigen Beschaffenheit ein bereites Zeugnis von der 25jährigen Belagerung ab. Der Abzug dieser Artillerieabteilung ging ohne jede Reibung mit der Bevölkerung vor sich. Dem Vernehmen nach wird am Dienstag früh ein weiteres Bataillon Infanterie Essen verlassen.

Die Verteilung der Reichssteuern. Die Forderung des Reichs auf ein Viertel im Ausschuss angenommen.

Berlin, 26. Juli.
Der Steueranschuß des Reichstages hat gestern die zweite Beratung des Steuerverteilungsgesetzes zum Abschluß gebracht. Der preussische Finanzminister protestierte noch einmal gegen die Vorschläge der Reichsregierung, der Sozialdemokrat Keil billigte die Forderung des Reiches nach einem Anteil von einem Viertel. Staatssekretär Popitz vom Finanzministerium betonte, daß nun aus den Reparationsverpflichtungen des Reiches die Konsequenzen gezogen werden könnten. Zu diesen Konsequenzen gehöre, daß das Reich ein Viertel der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer behalte. Auf Vermittlungsvorschläge um eine Herabsetzung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer durch das Reich führte Reichsfinanzminister v. Schlieffen u. a. die Anteile, die die Reichsregierung in Anspruch nehme, stellen das Mindestmaß dar, bei dem ein Ausgleich des Reichshaushaltes für 1926 schon in Frage stehe. Wenn der Reichsrat gegen die Vorschläge Einspruch erhebe und der Reichstag die Zweidrittelmehrheit zur Ablehnung des Reichsratsprotokolls nicht aufbringe, so hände die Reichsregierung vor einem geschlossenen Zustande und müsse ihrer Verantwortung entsprechend handeln.

Es wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach die Gemeinden, wenn sie im Rechnungsjahr 1926 ihre Steuern und sonstigen Abgaben über Gebühr einsparen, in ihren Anteilen an der Einkommensteuer und an der Körperschaftsteuer durch die Landesregierung für gut zu werden können. Ein weiterer Antrag wurde noch angenommen, nach dem die Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die gemeindlichen Grundsteuern noch nicht erhoben haben, solche auch nicht einführen dürfen. Im übrigen blieb es bei den Beschlüssen der ersten Sitzung, d. h. die Reichsregierung erhielt die Zustimmung zu ihren Vorschlägen.

Streikbewegung unter den Pariser Bankangestellten.

TU. Paris, 25. Juli. Unter den Pariser Großbankangestellten ist seit gestern eine starke Streikbewegung im Gange, die unter Umständen zum Generalfstreik führen kann. Die Bankangestellten fordern eine monatliche Zulage von 100 Franken, während die Banken nur 45 Franken bewilligen wollen. Die Angestellten der Nationalbank haben bereits gestern die Arbeit niedergelegt.

Die heutige Ausgabe unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

